

Kirche fordert menschlichen Umgang mit Illegalisierten

Manifest: Problem für Deutschlands Rechtsverständnis

Von Jens Herrmann

Mit einem »Manifest Illegale Zuwanderung« will die katholische Kirche eine öffentlichen Debatte über das Thema irregulärer Zuwanderung nach Deutschland anregen. Bisher unterzeichneten 372 Prominente aus Politik und Gesellschaft das Dokument.

Bei der Vorstellung des Manifests am Mittwoch in Berlin sprach das Forum »Leben in der Illegalität« der katholischen Kirche von zwischen 500 000 und einer Million Menschen, die mittlerweile ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Auch diese Menschen müssten ohne Angst vor Abschiebung medizinische Versorgung, Schulbesuch für ihre Kinder und Arbeitslohn in Anspruch nehmen können, sagte Weihbischof Josef Voß aus Münster. Das Manifest leitet aus dem unregulierten Zustand der Illegalisierten »gravierende Probleme« für das Selbstverständnis Deutschlands als Rechtsstaat ab.

Das Manifest wolle deutlich machen, dass nur ein kleiner Teil der illegal Eingewanderten Kriminelle sind, sagte Pater Jörg Alt, Geschäftsführer des Forums. Oft seien es Arbeitssuchende oder Menschen, die Anschluss an ihre in Deutschland lebende Familie suchten. Das vor zwei Monaten in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz regule zwar die legale Zuwanderung, die irreguläre Zuwanderung blende es jedoch weitgehend aus, kritisieren die Autoren.

Das Papier, zu dessen Initiatoren auch der Vorsitzende des Wissenschaftlerzusammenschlusses »Rat

für Migration«, Prof. Dr. Michael Bommes, gehört, verweist auf die teilweise alarmierende humanitäre Situation der illegalisierten Migranten und Migrantinnen. Sie könnten häufig ihre Rechte nicht wahrnehmen und müssten oft ohne elementare Gesundheitsversorgung leben. »Deutschland hat sich auf die Rückseite der Migration, die irreguläre Migration, bisher nicht eingestellt«, erklärte Bommes gestern in Berlin.

Die bisherigen Erkenntnisse im Umgang mit irregulärer Zuwanderung zeigten, so die Unterzeichner, dass aufenthaltsrechtliche und polizeiliche Maßnahmen, wie sie gegenwärtig praktiziert würden, »nicht genügen, um die existierenden Probleme ausreichend zu regeln«. Die Nutznießer irregulärer Aufenthaltsverhältnisse aus dem Bereich der Schattenwirtschaft sowie der Schleuserorganisationen würden sie ohnehin nur in geringem Umfang treffen. Das Manifest fordert eine »angemessene politische und rechtliche Gestaltung« der mit Illegalisierung verbundenen Problemlagen und fordert eine Auseinandersetzung auch mit ergänzenden und alternativen Maßnahmen, wie sie in anderen europäischen Ländern Anwendung fänden.

In der Verengung der Diskussion, wie sie derzeit beispielsweise bei dem Thema »Visa-Affäre« zu beobachten sei, sehen die Initiatoren des Manifests eine Gefahr. Hier werde von der Tatsache abgelenkt, dass irreguläre Migration ein Dauerzustand sei und bleiben werde. Demgegenüber ginge es darum, dem Beispiel anderer EU-Staaten zu folgen und klare rechtliche Rahmen-

bedingungen dafür zu schaffen, dass humanitäre Hilfe für Illegalisierte nicht strafrechtlich verfolgt wird. Zudem müssten Illegalisierte stärker vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen geschützt werden.

Die unangemessene Gleichsetzung von »Illegalität« mit »Kriminalität« will das Forum unter dem Vorsitz des Münsteraner Weihbischofs Dr. Josef Voß mit dem veröffentlichten Manifest und der noch bis morgen in Berlin erstmalig stattfindenden »Jahrestagung Illegalität« aufbrechen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eröffnete die Tagung am Mittwochabend. In zahlreichen Vorträgen und Diskussionen kommen Wissenschaftler, Politiker und Verbandssprecher in der Katholischen Akademie zusammen.

Fraglich bleibt jedoch, ob der geforderte öffentliche Diskurs zu Verbesserungen der Rechtslage von Flüchtlingen führen wird. Zumal das kritisierte Zuwanderungsgesetz selbst Ergebnis eines mehrjährigen überparteilichen Diskussionsprozesses ist. Der am Dienstag veröffentlichte Bericht der Flüchtlingshilfeorganisation »Pro Asyl« beklagt nach zwei Monaten Geltung des neuen Gesetzes eine Verschlechterung der Lage für viele Migranten (ND berichtete). Auch die Absage von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), der ursprünglich an der Abschlussdiskussion der Tagung teilnehmen wollte, zeigt die Schwierigkeiten des angestrebten Dialogs.